

Haushaltssatzung der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein (VAK) für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund des § 77 der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Vorstandes der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein vom 02.12.2025 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

1. im Ergebnisplan mit	
einem Gesamtbetrag der Erträge ¹ auf	2.329.744.300 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen ¹ auf	2.332.609.200 €
einem Jahresergebnis (Jahresüberschuss (+) /	
Jahresfehlbetrag (-))	-2.864.900 €
Globalen Minderaufwendungen nach § 26 Absatz 1 Satz 3 GemHVO von	0 €
einer Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nach § 26 Absatz 1 Satz 2	
GemHVO zum Haushaltsausgleich von	2.864.900 €
einem Jahresergebnis unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und / oder	
Veranschlagung von globalen Minderaufwendungen von	0 €
2. im Finanzplan mit	
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.328.680.700 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.336.053.400 €
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der	
Finanzierungstätigkeit auf	10.331.800 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der	
Finanzierungstätigkeit auf	2.959.100 €

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0 €
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 €
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	15.000.000 €
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	215,217 Stellen

¹ Ohne interne Leistungsbeziehungen

§ 3

Der Umlagehebesatz für die Jahresumlage (§ 7 Absatz 2 Buchstabe c in Verbindung mit § 12 Absatz 1 sowie §§ 30 fortfolgend der Satzung der Versorgungsausgleichskasse) wird auf **31,50 v. H.** festgesetzt.

Hebetermine:

Gemäß § 34 Absatz 3 Satz 2 der Satzung der Versorgungsausgleichskasse werden die Hebetermine für das Haushaltsjahr 2026 wie folgt festgesetzt:

01. Januar, 01. Februar, 01. März, 01. April, 01. Mai, 01. Juni, 01. Juli, 01. August, 01. September, 01. Oktober, 01. November und 01. Dezember 2026.

Über eine Änderung der Hebetermine sind die Mitglieder rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Verzugszinsen:

Wird die Umlage nicht fristgemäß gezahlt, so ist die Versorgungsausgleichskasse berechtigt, vom Tage der Fälligkeit bis zum Tage des Geldeingangs einen Säumniszuschlag in Höhe von 4,00 Prozentpunkte über dem jeweiligen in § 247 Abs. 1 BGB bestimmten Basiszinssatz zu erheben.

§ 4

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung nach § 12 Absatz 1 Satz 1 GemHVO beträgt 100.000 €.

§ 5

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Geschäftsführer seine Zustimmung nach § 82 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 50.000 €.

Die Zustimmung des Vorstandes gilt in diesen Fällen als erteilt.

Der Geschäftsführer ist verpflichtet, mindestens halbjährlich dem Vorstand über die von ihm genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen schriftlich zu berichten.

§ 6

Im Teilfinanzplan (§ 4 Absatz 5 GemHVO) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 25.000 € beträgt.

§ 7

Gemäß §§ 21–23 GemHVO werden folgende Bewirtschaftungsgrundsätze festgelegt:

- (1) Alle Aufwendungen bzw. Auszahlungen eines Budgets sind gemäß § 22 Absatz 1 GemHVO gegenseitig deckungsfähig, mit Ausnahme folgender Aufwendungen/Auszahlungen:
 - Gemäß § 21 GemHVO sind folgende Erträge/Einzahlungen auf die Verwendung folgender Aufwendungen/Auszahlungen beschränkt. Mehrerträge ermächtigen zu Mehraufwendungen (unechte Deckungsfähigkeit):
 - a. Versorgungsleistungen im Umlageverfahren
 - b. Versorgungsleistungen im Auftrage
 - c. Beihilfeleistungen Mitglieder
 - d. Heilfürsorgeleistungen Mitglieder
 - e. Arzneimittelrabatte und deren Auskehrung an die Mitglieder
 - f. Bezügezahlungen Mitglieder
 - g. Schadenersatz Mitglieder
 - h. Investitionen Finanzanlagen
 - i. Beihilfeablöseversicherung und Beihilfeaufwendungen eigenes Personal mit den Erstattungen der Versicherung
 - Gemäß § 22 Absatz 3 GemHVO sind die Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen eines Budgets gegenseitig deckungsfähig.
 - Gemäß § 23 Absatz 1 GemHVO werden folgende Aufwendungen mit den dazugehörigen Auszahlungen für übertragbar erklärt:
Produktkonto: 11401.545230 (Schadenersatz)
- (2) Im laufenden Haushaltsjahr ist in Abstimmung mit dem Bereich Finanzen die Eröffnung neuer Produktkonten im Ergebnis-/Finanzhaushalt und deren Aufnahme in einen Deckungskreis möglich, wenn es die Aufgabenerfüllung innerhalb eines Teilhaushaltes erfordert und die Deckung innerhalb des Teilhaushaltes gegeben ist.
- (3) Für die Erforderlichkeit einer Nachtragshaushaltssatzung werden gemäß § 80 Absatz 2 der Gemeindeordnung folgende Erheblichkeitsgrenzen festgelegt:

- Im Sinne des § 80 Absatz 2 Nummer 1 Gemeindeordnung gilt ein Fehlbetrag als erheblich, wenn er 1 vom Hundert der Gesamtaufwendungen überschreitet.
- Im Sinne des § 80 Absatz 2 Nummer 2 Gemeindeordnung gilt eine Überschreitung bei einzelnen Aufwands- bzw. Auszahlungspositionen als erheblich, wenn diese 1 vom Hundert der Gesamtaufwendungen bzw. der Gesamtauszahlungen überschreitet.
- Im Sinne des § 80 Absatz 2 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 1 Gemeindeordnung sind Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall 50.000 € übersteigen und eine ausreichende Deckung nicht gewährleistet ist.

(4) Kapitalanlagen (Investitionsauszahlungen) erfolgen je nach Marktlage in Termingelder (Umlaufvermögen) oder in anderen Anlageformen (Anlagevermögen). Anlageentscheidungen erfolgen auf Basis der aktuellen Liquiditätslage. Ansatzüberschreitungen sind erst dann als erheblich anzusehen, wenn dadurch der durchschnittliche Bestand liquider Mittel weniger als 1/12 der jährlichen Versorgungsaufwendungen (Umlagegemeinschaft) beträgt.

Kiel, den 02.12.2025

Versorgungsausgleichskasse
der Kommunalverbände in
Schleswig-Holstein

gez. Meins

Meins
Vorsitzender des Vorstandes